

Materialien und Dokumente zur Friedens- und Konfliktforschung

Herausgegeben von Sigmar Stopinski und Manfred Kerner

Nr. 5

Werner Hänsel

Zur Rüstungskonversion in der DDR

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Hänsel, Werner:
Zur Rüstungskonversion in der DDR / Werner Hänsel . -
Berlin : Berghof-Stiftung für Konfliktforschung , 1990
(Materialien und Dokumente zur Friedens- und Konfliktforschung ; Nr 5)
ISBN 3-927783-08-0
NE: GT

Die „Materialien und Dokumente zur Friedens- und Konfliktforschung“ stellen keine Äußerung der *Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Altensteinstr. 48a, 1000 Berlin 33, Tel. (030) 8318099 und 8318090*, oder der Mitglieder des Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die in der Regel Mitarbeiter in von der Stiftung geförderten oder betreuten Projekten sind.

C bei den Autoren

ISBN 3-927783-08-0

ISSN 0936-8558

Berghof-Stiftung für Konfliktforschung

Berlin

1990

Vorbemerkung

Die nachstehende Abhandlung stellt den Versuch dar, den bisherigen Verlauf der Rüstungskonversion in der DDR darzustellen und einer ersten Bewertung zu unterziehen. In diese Bewertung sind zugleich eigene theoretische Verallgemeinerungen, so zum Begriff und der Breite der Rüstungskonversion und den auslösenden Prozessen, eingegangen. Das verwendete Zahlenmaterial ist der Öffentlichkeit im Zuge der Demokratisierung des Lebens in der DDR zugänglich gemacht worden und konnte so für die Darstellung Verwendung finden. Infolge der Dynamik der Rüstungskonversion in der DDR kann die vorliegende Abhandlung nicht für sich in Anspruch nehmen, den gegenwärtigen Stand in seiner Aktualität widerzuspiegeln. Sie beruht auf Entwicklungen bis Mitte April 1990.

1. Zum Begriff "Rüstungskonversion"

Das Wort "Konversion" geht immer mehr in den Sprachschatz der Bürger der DDR ein. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Wunsch und Wille vieler Bürger nach der Erhaltung des Friedens berechtigterweise mit der Abrüstung in Verbindung gebracht wird, wobei oft Abrüstung mit Konversion identifiziert wird. Auch die Tatsache, daß in der DDR reale Abrüstungsprozesse stattfinden, mit denen nicht wenige Bürger in Berührung kommen, ruft ein wachsendes Interesse an der Konversion hervor.

Soll ein Prozeß richtig erfaßt und dementsprechend richtig gestaltet werden, muß er exakt definiert sein. Was ist Konversion?

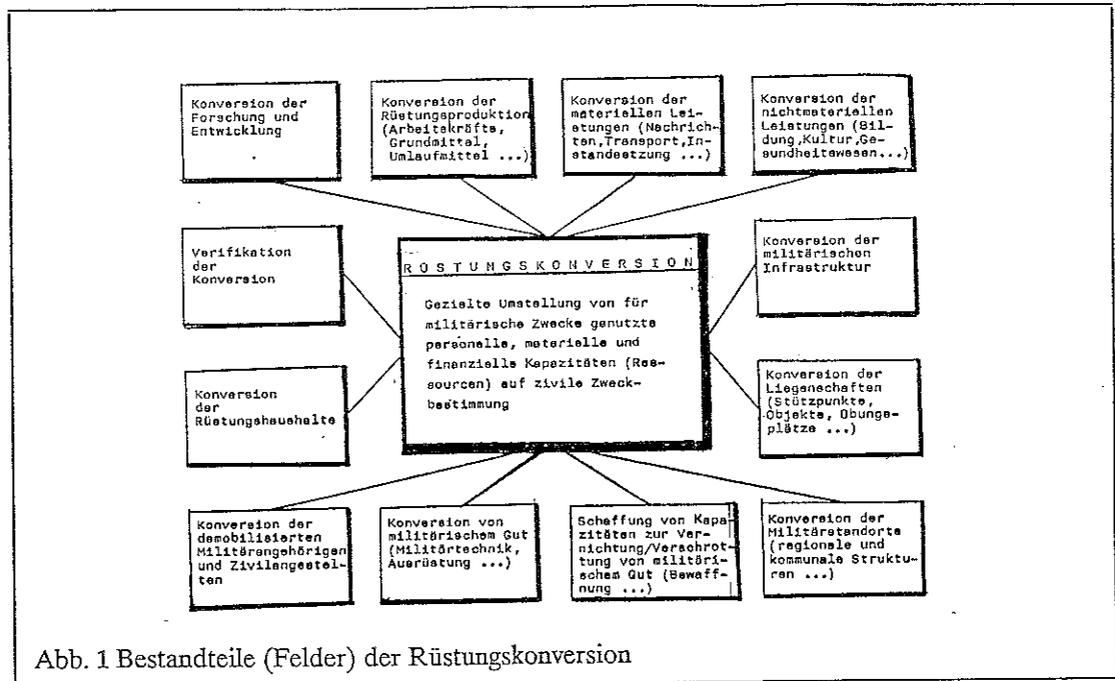
Bekanntlich stammt der Begriff Konversion seinem Ursprung nach aus dem Kirchenrecht. Er wurde für die Bezeichnung des Übertritts von einer Religion oder Konfession zu einer anderen verwandt. In der Theologie nimmt dieser Begriff auch in der Gegenwart einen breiten Raum ein. Daraus abgewandelt wird heute allgemeinsprachlich Konversion als Bezeichnung von Prozessen der Umstellung (Umwandlung, Umkehrung, Abänderung, Übertritt) von einem Zustand in einen anderen Zustand verstanden.

Bezogen auf den Abrüstungsprozeß wird Konversion meist als Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion aufgefaßt und diese Umstellung als Rüstungskonversion bezeichnet.¹ Die Einengung der Rüstungskonversion auf die Produktion ist aber nicht ausreichend, um den gesamten Umstellungsprozeß zu erfassen und zu gestalten. Die Rüstungskonversion muß breiter gefaßt werden. Wir definieren sie als Gesamtheit der Maßnahmen zur gezielten Umstellung von bisher für militärische Zwecke genutzte personelle, materielle und finanzielle Kapazitäten (Ressourcen) auf zivile Zwecksbestimmungen (vgl. Abb. 1).

Dementsprechend erfaßt die Rüstungskonversion viele Felder, auf denen sich eine Umstellung militärisch genutzter in zivile Kapazitäten notwendig macht. Die hauptsächlichsten Felder sind

- die Umstellung der Rüstungs- auf zivile Produktion, wovon Arbeitskräfte, Produktionsfaktoren, Technologie, ... betroffen sind. Dieser Prozeß ist der Kern der Rüstungskonversion;
- die Umstellung der Rüstungsforschung und -entwicklung auf zivile Richtungen;
- die Überführung der materiellen (Nachrichten-, Transport-, Instandsetzungsleistungen) und nichtmateriellen Leistungen (Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, ...) für militärische Zwecke in zivile Bahnen;

¹ Auch eine entgegengesetzte Umstellung - zivile in militärische Produktion - ist Rüstungskonversion. Für diesen Vorgang wird in gängiger Literatur zumeist der Begriff "Rekonversion" benutzt. In vorliegender Arbeit wird diese Rekonversion nicht näher behandelt.



Dementsprechend erfaßt die Rüstungskonversion viele Felder, auf denen sich eine Umstellung militärisch genutzter in zivile Kapazitäten notwendig macht. Die hauptsächlichsten Felder sind

- die Umstellung der Rüstungs- auf zivile Produktion, wovon Arbeitskräfte, Produktionsfaktoren, Technologie ... betroffen sind. Dieser Prozeß ist der Kern der Rüstungskonversion;
- die Umstellung der Rüstungsforschung und -entwicklung auf zivile Richtungen;
- die Überführung der materiellen (Nachrichten-, Transport-, Instandsetzungsleistungen) und nichtmateriellen Leistungen (Bildung, Kultur, Gesundheitswesen ...) für militärische Zwecke in zivile Bahnen;
- die Nutzung der bisherigen militärischen Infra- und Kommunikationsstruktur im Interesse ziviler Entwicklungen;
- die Umstellung der militärischen Liegenschaften (Stützpunkte, Objekte, Übungsplätze ...) auf zivile Nutzung;
- die zivile Veränderung der mit der Schaffung von Militärstandorten entstandenen besonderen regionalen und kommunalen Strukturen;
- die Eingliederung der demobilisierten Militärangehörigen und der im Militärwesen beschäftigten Zivilpersonen in eine zivile Tätigkeit;
- die Überführung von für zivile Zwecke geeigneten militärischen Gutes (Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände ...);
- die Schaffung von Kapazitäten zur Vernichtung/Verschrottung von militärischem Gut, das nicht in zivile Nutzung überführt werden kann (vor allem Bewaffnung, Munition ...);
- die Verwendung der Militärhaushalte für zivile Aufgaben, vorerst zur Inangasetzung der Rüstungskonversion;
- die Verifikation der Rüstungskonversion.

In dieser Breite verstehen wir die Rüstungskonversion und in dieser Breite untersuchen wir die Konversionsprozesse in der DDR.

- die Nutzung der bisherigen militärischen Infra- und Kommunikationsstruktur im Interesse ziviler Entwicklungen;
- die Umstellung der militärischen Liegenschaften (Stützpunkte, Objekte, Übungsplätze, ...) auf zivile Nutzung;
- die zivile Veränderung der mit der Schaffung von Militärstandorten entstandenen besonderen regionalen und kommunalen Strukturen;
- die Eingliederung der demobilisierten Militärangehörigen und der im Militärwesen beschäftigten Zivilpersonen in eine zivile Tätigkeit;
- die Überführung von für zivile Zwecke geeigneten militärischen Gutes (Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände, ...);
- die Schaffung von Kapazitäten zur Vernichtung/Verschrottung von militärischem Gut, das nicht in zivile Nutzung überführt werden kann (vor allem Bewaffnung, Munition, ...);
- die Verwendung der Militärhaushalte für zivile Aufgaben, vorerst zur Ingangsetzung der Rüstungskonversion;
- die Verifikation der Rüstungskonversion.

In dieser Breite verstehen wir die Rüstungskonversion, und in dieser Breite untersuchen wir die Konversionsprozesse in der DDR.

2. Faktoren, die eine Rüstungskonversion auslösen

Wodurch wird die Rüstungskonversion in Gang gesetzt, wodurch wird sie ausgelöst? Diese Fragestellung spielte in der wissenschaftlichen Diskussion zur Notwendigkeit und den Möglichkeiten der Rüstungskonversion in der DDR eine Rolle. Allgemein setzte sich die Auffassung durch, daß die Rüstungskonversion politischer Entscheidungen zur Abrüstung oder zur Veränderung der militärischen Macht des Staates als Voraussetzung für ihren Beginn bedarf. Der Staat setzt die Prioritäten für die Militärmacht, und er muß, wenn er sie ändert, auch die neuen Prioritäten bestimmen und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

In der DDR wurden solche politischen Entscheidungen Anfang 1989 mit den verkündeten einseitigen Abrüstungsmaßnahmen getroffen, die die Reduzierung der Nationalen Volksarmee um 10 000 Mann, die Auflösung von 6 Panzerregimentern und einem Geschwader der Luftstreitkräfte, die Außerdienststellung und Vernichtung von 600 Panzern und 50 Flugzeugen sowie die Kürzung der Verteidigungsausgaben um 10 Prozent beinhalteten.

Politische Entscheidungen zur Abrüstung sind der hauptsächlichste Faktor für die Auslösung der Rüstungskonversion, die - den heutigen Bedingungen und Notwendigkeiten entsprechend - unumkehrbar sein soll. Aus der Geschichte - auch die der DDR - sind jedoch auch Vorgänge bekannt, wo sich Prozesse der Rüstungskonversion vollzogen, die nicht mit Maßnahmen der Abrüstung in Verbindung standen. Prozesse der Rüstungskonversion sind makro- und mikroökonomischer Art. Sie vollziehen sich auf verschiedenen Ebenen in einer Interessenvielfalt durch und ohne Abrüstungsmaßnahmen, die jedoch stets mit der militärischen Macht in Verbindung stehen. Ebenen der Rüstungskonversion sind hierbei die Produktkonversion, die Konversion in Unternehmen, in Kommunen, in Territorien, in Industriezweigen (Branchen), in Volkswirtschaften und in globalen Regionen.

Als Hauptfaktoren, die eine Rüstungskonversion auslösen, können dementsprechend genannt werden:

- politische ein- oder mehrseitige Abrüstungsschritte, die eine Umstellung der an der Rüstungsproduktion gebundenen Arbeitskräfte, Produktionsfaktoren und finanziellen Mittel auf zivile Zwecksbestimmung als Folge haben;
- die sich auf die Veränderung (bzw. Reduzierung) der Rüstungsproduktion auswirkenden Militärdoktrinen und -strategien der Länder und Koalitionen;
- die sich aus der Verringerung von Militärausgaben ergebenden Einschränkungen;
- die Einschränkung oder Beseitigung von Rüstungsexporten;
- die Verlagerung von Rüstungsaufgaben in andere Branchen.

Neben diesen Faktoren existieren weitere, die meist eine Folge des Wirkens der Hauptfaktoren sind. Zu diesen Folgefaktoren können gerechnet werden:

- die Nutzung freigewordener Forschungs- und Entwicklungskapazitäten militärischen Profils für zivile Zwecke;
- die Nutzung der freigesetzten personellen Kräfte und materiellen und finanziellen Mittel der Streitkräfte für zivile Zweckbestimmungen;
- die zivile Nutzung bisheriger militärischer Liegenschaften und Anlagen (Stützpunkte, Objekte, Einrichtungen, ...);
- zyklische Schwankungen in der Beschaffung militärischer Güter;
- Veränderungen in der Erzeugnisstruktur militärischer Güter;
- Rationalisierungsmaßnahmen in der Rüstungsindustrie.

Einige der genannten Haupt- und Folgefaktoren bewirkten auch die Rüstungskonversion in der DDR und ihren Verlauf. Sie sind deshalb Bestandteil des Prozesses der Rüstungskonversion, die in die wissenschaftliche Analyse einbezogen werden müssen.

3. Zur Nutzung historischer Erfahrungen für die Rüstungskonversion in der DDR

Auf der Suche nach Lösungswegen wurde nach Erfahrungen aus der Geschichte geforscht, die für die Rüstungskonversion in der DDR auswertbar sind. Erfahrungen und Erkenntnisse zur Rüstungskonversion im großen Maßstab liegen vor allem aus der Zeit der Umstellung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft nach den beiden Weltkriegen sowie aus den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts aus mehreren Ländern unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme vor.

Eine Analyse der historischen Erfahrungen der Rüstungskonversion in Deutschland nach den beiden Weltkriegen weist auf eine Reihe von Gemeinsamkeiten, aber auch auf einige Unterschiede hin. Wichtige Gemeinsamkeiten beider Umstellungsprozesse bestehen vor allem in folgendem:

- ihre Notwendigkeit ergab sich als Folge von Kriegen, die ihre ökonomische Grundlage in ausgeprägten Kriegswirtschaften hatten;
- die Beseitigung der Rüstungsproduktion erfolgte unter internationaler Kontrolle;
- es existierte ein großer Nachholbedarf an zivilen Erzeugnissen (Gütern) in der Wirtschaft und bei der Bevölkerung nach dem Krieg;
- die Wiedereingliederung großer Teile der demobilisierten Militärangehörigen in die zivile Wirtschaft war relativ einfach, sie waren nicht lange im Militärdienst und fanden in ihrer früheren Tätigkeit wieder eine Beschäftigung, ohne extra darauf umgeschult zu werden.

Demgegenüber zeigten sich wichtige Unterschiede vor allem in folgendem:

- in der Organisation der Konversionsprozesse (nach dem ersten Weltkrieg zuerst betrieblich, dann staatlich, nach dem zweiten Weltkrieg fast ausschließlich betrieblich);
- in den Ausgangspunkten der Konversion (nach dem ersten Weltkrieg kein zerstörtes und nur teilweise besetztes Land, nach dem zweiten Weltkrieg ein zu großen Teilen zerstörtes und vollständig besetztes Land);
- Grad und Umfang der Zerstörung/Demontage von Rüstungsbetrieben (nach dem zweiten Weltkrieg wurden z.B. in der sowjetischen Besatzungszone fast alle ehemaligen Rüstungsbetriebe demontiert bzw. zerstört);
- Fortbestand von militärischen Formationen (nur nach dem ersten Weltkrieg in Form der Reichswehr).

Die historischen Erfahrungen und Erkenntnisse zur Rüstungskonversion in Deutschland haben für die Gestaltung heutiger Konversionsprozesse ihren Wert. Er besteht vorwiegend

- als Beweis der Möglichkeit der Rüstungskonversion in Ländern mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen, Ausgangsbedingungen und unterschiedlichem Entwicklungsniveau;
- in der praktischen Realisierbarkeit der mit der Konversion zu lösenden Aufgaben großen Umfangs und in kürzester Zeit;
- im Erkennen der Vielfalt der mit der Konversion im Zusammenhang stehenden personellen, materiellen und finanziellen Probleme;
- in der Notwendigkeit einer zielgerichteten staatlichen und betrieblichen Organisation der Rüstungskonversion;
- in der realistischen Einschätzung des Umfangs und der Lösbarkeit von Konversionsmaßnahmen unter Beachtung der Gewährleistung der Lebensfähigkeit des Landes.

Diese Werte sind für die Rüstungskonversion in der DDR ohne Zweifel eine Grundlage für Überlegungen. Jedoch unterscheidet sich die Rüstungskonversion in der DDR heute von den Konversionsprozessen früherer Jahre in Deutschland durch eine Reihe neuer Rahmenbedingungen, die vorwiegend darin bestehen, daß

- die Rüstungskonversion heute keine Folge eines Krieges ist, sondern die Umstellung von im Frieden geschaffenen Rüstungskapazitäten;
- in der DDR nur im begrenzten Umfang Rüstungsproduktion stattfand, Großtechnik in der Regel importiert wurde, und diese Rüstungsproduktion - mit Ausnahme des Kombines Spezialtechnik Dresden - Bestandteil der Produktion ziviler Kombinate ist;
- die Rüstungsproduktion in der DDR innerhalb des Warschauer Vertrages abgestimmt und Bestandteil der internationalen Arbeitsteilung (einschließlich Ex- und Importbeziehungen) ist;
- die zu demobilisierenden Berufssoldaten und die Zivilbeschäftigten nur zum Teil über eine ausreichende zivile Qualifikation verfügen und umfangreiche Umschulungsmaßnahmen notwendig sind;
- die Konversionsprozesse in der DDR unter den Bedingungen einer politischen und ökonomischen Krise des Landes stattfinden;
- die Konversionsprozesse in der DDR zusammenfallen mit der Transformation der administrativen Kommandowirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft, in der die alten Mechanismen der Planwirtschaft nicht mehr wirkten, neue Mechanismen einer Marktwirtschaft noch nicht genügend entwickelt und wirksam sind.

Diese Bedingungen setzen dem Prozeß der Rüstungskonversion in der DDR ihren Stempel auf und geben ihm einige spezielle Züge, die nur DDR-spezifisch sind.

4. Der Beginn der Rüstungskonversion in der DDR

Obwohl es in der Geschichte der DDR bereits vereinzelt Konversionsprozesse gegeben hat, die sich vor allem betrieblich auf Teilgebieten vollzogen, begann die eigentliche Rüstungskonversion in der DDR erst im Verlaufe des Jahres 1989. Ausgangspunkt dafür waren die bereits erwähnten einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der DDR, die Anfang 1989 verkündet wurden. Damit verringerten sich die Anforderungen der Nationalen Volksarmee an die Volkswirtschaft der DDR, und die Notwendigkeit und Möglichkeit der Rüstungskonversion setzte die Unumgänglichkeit ihrer realen Machbarkeit auf die Tagesordnung.

Für die reale Machbarkeit der Rüstungskonversion stellte sich die Frage, welche Kapazitäten der Rüstungsproduktion auf zivile Zwecksbestimmung umgestellt werden können und sollen, oder anders formuliert, in welcher neuen Struktur sollte die Rüstungsproduktion in der DDR weitergeführt werden.

In der Volkswirtschaft der DDR besteht keine eigenständige Rüstungsindustrie. Mit der Produktion militärischer Güter waren etwa 130 Betriebe und Betriebsteile (Finalproduzenten und Zulieferer) und mit der Instandsetzung etwa 285 Unternehmen, darunter 25 spezielle Instandsetzungsbetriebe, beauftragt. Diese Unternehmen waren - mit Ausnahme von neun als Kombinat Spezialtechnik Dresden zusammengefaßter Rüstungsunternehmen - in den zentral- und bezirksgeleiteten Kombinateneingeordnet und wurden über die jeweiligen Industrieministerien geführt.

Die Volkswirtschaft der DDR erzeugte nur ein bestimmtes Sortiment militärischen Gutes. Das waren insbesondere Handfeuerwaffen, Schützenwaffenmunition, Nachrichtentechnik, Kfz.-Technik, Schiffe und Boote für den Ostseeraum, Sprengmittel, Sicherstellungstechnik, Bekleidung, Treib- und Schmierstoffe, Verpflegung, Medikamente, Hebetchnik und weitere diverse Ausrüstungsgegenstände und Verbrauchsmittel. Die meisten dieser Erzeugnisse waren Lizenzproduktionen. Zugleich hatte die Volkswirtschaft den größten Teil (86 Prozent) der Instandsetzung der militärischen Güter und anderer Leistungen für die Nationale Volksarmee und die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane übernommen. Die Volkswirtschaft der DDR war auf 32 spezielle Erzeugnisse für die Länder des Warschauer Vertrages und für 19 spezielle Instandsetzungen für diese Länder spezialisiert und damit ein wichtiges Glied in der gemeinsamen Rüstungsproduktion.

Die Rüstungsproduktion der DDR vollzog sich in bestimmten Formen. Die wichtigsten von ihnen waren

- die im Rahmen des Warschauer Vertrages abgestimmte eigene Finalproduktion militärischer Güter konventioneller Art, vor allem Schützenwaffen und Munition;
- die Rüstungsproduktion auf der Grundlage von Lizenznahmen einschließlich der dazu notwendigen wissenschaftlich-technischen Leistungen;
- die industrielle Instandsetzung und das Erbringen von materiellen Leistungen für die Schutz- und Sicherheitsorgane;
- Kooperationsleistungen für andere Staaten des Warschauer Vertrages;
- die Produktion von spezifischen Produktionsmitteln zur Rüstungsproduktion für das eigene Land und die Staaten des Warschauer Vertrages

Der von der Volkswirtschaft der DDR für die Nationale Volksarmee abgedeckte materielle Bedarf -

einschließlich der industriellen Instandsetzung - umfaßt etwa ein Prozent der industriellen Warenproduktion der DDR. Das waren 1989 rund 5,5 Milliarden Mark. Etwa 60 Prozent des materiellen Bedarfs der Nationalen Volksarmee wurden aus der eigenen Volkswirtschaft, die restlichen 40 Prozent aus Importen sichergestellt.

Diese Angaben bringen jedoch nicht die gesamten Leistungen der Volkswirtschaft der DDR für die Nationale Volksarmee zum Ausdruck. Das wird deutlicher sichtbar, wenn der Verteidigungshaushalt der DDR analysiert wird.²

1989 betragen die Ausgaben für die Nationale Volksarmee 12,8 Milliarden Mark. Das waren 4,7 Prozent des Staatshaushaltes der DDR und 4,5 Prozent des produzierten Nationaleinkommens. Pro Kopf der Bevölkerung betragen die Ausgaben damit 783 Mark. In diesen Ausgaben sind enthalten (gerundet):

- a) Beschaffung von Technik und Bewaffnung, einschließlich Munition, Raketen, Sprengmittel und Schutzausrüstung: 3,8 Milliarden, gleich 29,5 Prozent der Gesamtausgaben;
- b) Forschung und Entwicklung (Weitere 100 Millionen für Forschung und Entwicklung werden aus den Fonds Wissenschaft und Technik der Unternehmen finanziert und über den Preis auf die Erzeugnisse verrechnet.): 40 Millionen Mark, gleich 0,3 Prozent der Gesamtausgaben;
- c) Baumaßnahmen: 680 Millionen Mark, gleich 5,3 Prozent der Gesamtausgaben;
- d) Unterhaltungskosten/-ausgaben (Darin sind enthalten Personalkosten in Höhe von 3,1 Milliarden Mark. Das sind ein Viertel der Ausgaben für die Nationale Verteidigung und das Ministerium für Nationale Verteidigung. Die weiteren Ausgaben in dieser Position betreffen: Verpflegung, Bekleidung und Ausrüstung, Energie, Treibstoffe, Wasser, Nutzung und Instandsetzung der Technik und Bewaffnung, Ausbildung und kulturelle Betreuung.): 8,2 Milliarden Mark, gleich 63,5 Prozent der Gesamtausgaben;
- e) Rentenversorgung: 180 Millionen Mark, gleich 1,4 Prozent der Gesamtausgaben.

Die Investitionsausgaben betragen somit 35,2 Prozent und die Unterhaltungsausgaben 64,8 Prozent der Gesamtausgaben für 1989.³

Die einzuleitenden Konversionsmaßnahmen erfaßten unterschiedliche Senkungsraten, d.h. Verringerungen um 10 Prozent bei den Verteidigungsausgaben, 5,8 Prozent des Personals, 19,1 Prozent des Panzerbestandes und 16,3 Prozent der Kampfflugzeuge. Das wurde bei der Planung der Konversionsmaßnahmen berücksichtigt. Das zuständige Organ der ehemaligen Staatlichen Plankommission der DDR übergab den Finalproduzenten im Verlaufe des Jahres 1989 veränderte Planaufgaben für die Rüstungsproduktion. Gleichzeitig wurden den vollständig oder teilweise umzustellenden Unternehmen für die freiwerdenden Kapazitäten Erzeugnislinien für eine zivile Produktion vorgegeben. Entsprechend der bisherigen Direktivwirtschaft auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion war damit nach Meinung des Planungsorgans der Konversionsprozeß in der DDR "gelaufen und abgeschlossen", und die Unternehmen brauchten "nur noch" diese Direktiven durchzuführen. Das erwies sich jedoch als unreal.

² Auf die Leistungen der Volkswirtschaft der DDR für die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane, anderer Institutionen der Landesverteidigung und die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte wird hier nicht näher eingegangen.

³ Nach Angaben des Chefs Finanzökonomie des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR, Generalmajor Johannes Kaden, zu Tagesordnungspunkt 3c (Militärhaushalte) des Seminars über Militärdoktrinen, Wien, 2.2.1990.

5. Der Verlauf der Rüstungskonversion in der DDR

Im letzten Drittel des Jahres 1989 begann in der DDR die Wende in ihrer Entwicklung, die auch nachdrücklich die Rahmenbedingungen für die Rüstungskonversion veränderte. Die tiefe politische und ökonomische Krise der DDR, die unklare Entwicklungsperspektive der Nationalen Volksarmee, verbunden mit weiteren personellen Reduzierungen, die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und der Kampfgruppen, der Rüstungsexportstop und die Drosselung der Rüstungsimporte, der beginnende Übergang zu marktwirtschaftlichen Prinzipien in der Volkswirtschaft und den Unternehmen u.a. führten in einer extrem kurzen Zeit zu drastischen Bedarfsreduzierungen für die Schutz- und Sicherheitsorgane und damit zum sofortigen oder teilweisen Produktionsstopp in Unternehmen der Rüstungsproduktion der DDR. Das hatte enorme Auswirkungen auf die Konversionsprozesse in diesen Unternehmen.

Die in der Volkswirtschaft der DDR 1989 eingeleitete Rüstungskonversion verfolgte ursprünglich das Ziel, über eine Erhöhung des Konzentrationsgrades der Rüstungsproduktion der DDR technologische Kapazitäten in der Volkswirtschaft für eine zivile Produktion freizusetzen und die zivile Produktion selbst zu erhöhen. Hierin eingeschlossen waren auch Produktionseinstellungen beziehungsweise -verringerungen bei militärischen Gütern, die sich aus der Umsetzung der neuem Mili-tärdoktrin des Warschauer Vertrages ergaben.

Wichtige Festlegungen für die Rüstungskonversion in der DDR betrafen

- die Nutzung der durch die Reduzierung der Panzertechnik im VEB Reparaturwerk Neubrandenburg freiwerdenden Instandsetzungskapazitäten für die bisher in anderen Betrieben erfolgte industrielle Instandsetzung von Bewaffnung sowie zur Ausweitung der zivilen Produktion in diesem Betrieb;
- die Einstellung der Produktion von Panzerbüchsen RPG-18 im VEB Mechanischen Werkstätten Königswartha (Finalproduzent) sowie VEB Sirokko, VEB Kombinat Plast- und Elastverarbeitung (Zulieferer) und Reduzierung des Bedarfs an Panzerabwehrkraketenkomplexen;
- die Reduzierung der Schützenwaffenproduktion für 1990 und vollständige Einstellung ab 1991 im VEB Geräte- und Werkzeugbau Wiesa (Finalproduzent) sowie dem Kombinat Polygraph, VEB Werkzeugmaschinenkombinat Karl-Marx-Stadt, VEB IFA-Kombinat PKW und weitere Betriebe (Zulieferer);
- die Reduzierung der Produktion von Panzerminen im VEB Kombinat Synthesewerk Schwarzeheide;
- die Reduzierung der Produktion von Gleisketten, Kettengliedern und -bolzen für Panzertechnik im VEB GISAK;
- die Einstellung der Produktionsvorbereitung für den Brückenlegepanzer BLP-72 im VEB Stahl- und Apparatebau Genthin;
- die Drosselung der Produktion von Infanteriemunition im VEB Spreewerk Lübben;
- die Verringerung und schließlich Einstellung der Produktion von Panzerzielgeräten, Entfernungsmessern und anderer optoelektronischer Geräte im VEB Carl Zeiss Jena;
- die Verringerung der industriellen Instandsetzung von Jagdflugzeugen und Triebwerken im VEB Flugzeugwerk Dresden und VEB Instandsetzungswerk Ludwigsfelde;
- die Nichtdurchführung des Investitionsvorhabens zur Produktion einer neuen Generation von Tarnnetzen im VEB Sponeta Schlotheim;

- das Auslaufen des militärischen Schiffsneubaus im VEB Peene-Werft Wolgast.⁴

Die Konversionsprozesse in der DDR betreffen gegenwärtig direkt rund 100 Finalproduzenten und Zulieferer sowie Instandsetzungsbetriebe mit über 100 000 Beschäftigten, darunter mehr als 30 Betriebe mit erheblichen Kapazitätsfreisetzungen. Besonders betroffen sind die im Kombinat Spezialtechnik Dresden zusammengefaßten neun Rüstungsunternehmen, deren Produktion zu über 85 Prozent aus militärischen Gütern bestand, die zum größten Teil vollständig gestrichen wurden.

Die eintretende Rüstungskonversion kam für die Rüstungsunternehmen überraschend. Keiner von ihnen war langfristig darauf vorbereitet, keiner hatte einen Konversionsplan, und ein solcher war unter den alten Kommandostrukturen auch unerwünscht. Statt dessen hatte aber jedes dieser Unternehmen einen Plan, wie die Rüstungsproduktion beim Eintreten besonderer Lagen erhöht werden kann. Es bestand kein staatliches Organ zur Organisation der Rüstungskonversion und damit auch kein Bilanzierer, und es wurde auch kein solches Organ geschaffen. Mit den neuen Strukturen in den Staatsorganen unter der Regierung Modrow erfolgte eine Neuordnung der Rüstungsunternehmen zu Ministerien, die jedoch nicht wirksam wurde. Damit wurde die Verantwortung für die Rüstungskonversion zersplittert und Verantwortungslosigkeit gefördert. Die Folge waren Unsicherheiten und ein Durcheinander in den Unternehmen der Rüstungsproduktion sowie hohe Verluste.

Wie in den letzten Jahren für das administrative Kommandosystem typisch, wurden auch zur Einleitung und Gestaltung der Rüstungskonversion in der DDR wissenschaftliche Einrichtungen nicht mit herangezogen. Wissenschaftlicher Vorlauf zur Konversion war lange Zeit unerwünscht und galt als gegen die Interessen des Staates gerichtete Aktivität. Dadurch war zu verzeichnen, daß die Konversion in der DDR begann und dafür weder Modelle noch Konzeptionen vorlagen. Diese werden erst gegenwärtig im Prozeß der Durchführung der Rüstungskonversion in der DDR erarbeitet

Die Probleme der realen Konversion erweisen sich weitaus als komplizierter als bisher angenommen und in der Literatur beschrieben. Solche theoretischen Vorstellungen, wie z.B. vom Erhalt des hohen technologischen Niveaus der Rüstungsproduktion für die zivile Produktion oder von der hohen Flexibilität und multivalenten Nutzung der Rüstungskapazitäten für militärische und zivile Zweckbestimmungen, konnten bisher im keinem der umzustellenden Betrieben bestätigt werden. Ganz das Gegenteil wurde sichtbar. Die Kompliziertheit der realen Rüstungskonversion zeigt sich in vielfältiger Hinsicht.

Für die Rüstungskonversion der Unternehmen der Rüstungsproduktion ist das Finden einer Alternativproduktion, die unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft rentabel absetzbar ist, die eigentliche Existenzfrage. Da bisher Marktforschung in dieser Hinsicht kaum eine Rolle spielte - sie war unter den Bedingungen der administrativen Kommandowirtschaft auch nicht erwünscht - und zentrale Vorgaben fast nicht vorliegen, stehen die Mehrzahl der Unternehmen vor dem Problem, selbst noch einer Alternativproduktion zu suchen.

Zum Teil gelang dies durch die Ausweitung der bisher - wenn auch nicht im größeren Umfang - durchgeführten Produktion ziviler Erzeugnisse. So haben z.B. Unternehmen des Kombinates Spezialtechnik Dresden ab 1989 mit dem Ausbau der zivilen Produktion begonnen, für die auch ein Absatz vorhanden war. Das betraf vor allem die Produktion von

- bedarfsdeckenden Zulieferungen für Waschvollautomaten (u.a. Kupplungen);
- PKW-Ersatzteilen für Wartburg 1.3., -Tourist und Trabant 601;
- Zulieferungen (Steuerbaugruppen) für Melkanlagen einer neuen Generation;

⁴ Zusammengestellt nach Informationen über die Militärreform an den runden Tisch beim Minister für Nationale Verteidigung der DDR.

- Zulieferungen im Rahmen des Nutzkraftwagenbauprogramms für den LKW vom Typ L 60;
- universellen Meßsystemen (Mehrstellenmeßsystem Qualidat) zur Qualitätssicherung.

Das Finden guter Alternativproduktionen ist nicht einfach. Die von den Unternehmen gegenwärtig ausgewählten zivilen Erzeugnisse basieren meist auf zur Zeit bestehende Marktlücken und betreffen die Übernahme bereits von anderen Unternehmen produzierter, jedoch noch nicht marktdeckender Erzeugnisse mit auslaufendem Charakter. Sie sind dementsprechend nur mögliche Übergangproduktionen, deren Aufnahme jedoch zum Teil durch Proteste (Streiks) der Belegschaften der Unternehmen zur Verlagerung der Erzeugnissortimente beziehungsweise der dafür notwendigen Produktionsausrüstungen nicht wirksam werden, weil diese Belegschaften um ihre künftigen Arbeitsplätze fürchten. Zukunftsorientierte Produktion werden durch zivile Unternehmen an sich umstellende Unternehmen nicht abgegeben.

Die selbständige Aufnahme solcher zukunftssträchtiger Erzeugnislinien erweist sich als kompliziert und kann nur mit Hilfe staatlicher Strukturpolitik und dementsprechender Investitionen erfolgen. Das Kombinat Spezialtechnik Dresden z.B. beabsichtigt, sich vor allem auf die Profillinien Umweltanalytik und Technik, Erzeugnisse/Zulieferungen für die Landwirtschaft, Nahrungsgüterwirtschaft, Handwerk und Gewerbe sowie auf Elemente der flugtauglichen Produktion und Instandsetzung umzustellen, wozu jedoch nicht geringe Investitionen erforderlich sind. Dazu ist auch der Aufbau neuer Zulieferbeziehungen notwendig, die vom zukünftigen Sortiment abhängig und zur Zeit nicht überschaubar sind.

Aus eigener Kraft kann das Kombinat die Investitionen nicht aufbringen. Die bereits genannten Bedarfsreduzierungen führte in den Unternehmen dieses Kombinates zu einem Rückgang der Rüstungsproduktion bzw. von Leistungen im Umfang von rund 210 Millionen Mark. Hinzu kommen erhebliche sogenannte "Konversionskosten" infolge

- nicht mehr verwertbarer Bestände an Material, unfertigen Erzeugnissen und Fertigerzeugnissen;
- nicht verrechenbaren Vorleistungsbeständen infolge von Stückzahlreduzierungen beziehungsweise Produktionseinstellungen;
- nicht mehr verwertbaren erzeugnisgebundenen Maschinen und Anlagen.

Diese Kosten erfordern allein für das Kombinat Spezialtechnik Dresden in den Jahren 1989/90 Fondsstützungen in Höhe von rund 350 Millionen Mark.

Eine grobe Berechnung der Kosten der Rüstungskonversion für das Kombinat Spezialtechnik Dresden (Kosten durch Produktionsausfall, den sogenannten "Konversionskosten", für Beschaffung neuer Maschinen und Anlagen zum Aufbau der Alternativproduktion, für notwendige Umschulungen etc.) ergibt eine Summe von über einer Milliarde Mark. In der gesamten Volkswirtschaft der DDR wird sie nach vorsichtigen Schätzungen mindestens das vier- bis fünffache betragen, ohne die Folgekosten zu berücksichtigen. Die Kosten sind demzufolge bedeutend höher als mit der Verringerung der Verteidigungsausgaben ausgleichbar.

Damit wird sichtbar: Das Fehlen von Investitionen für die Umstellung der Rüstungsunternehmen auf eine zivile Produktion erweist sich gegenwärtig als Haupthindernis der realen Rüstungskonversion in der DDR. Diese Investitionen können nur von außen in die Rüstungsunternehmen einfließen.

In der Mehrzahl der Rüstungsunternehmen sind erhebliche Produktionsfonds (Grundfonds und Umlauffonds) vorhanden, die speziell für Einzelteilefertigung militärischer Erzeugnisse konstruiert und eingesetzt wurden und für die Produktion ziviler Erzeugnisse nicht oder erst nach einem aufwendigen Umbau nutzbar sind. Diese Produktionsfonds müssen aus den Unternehmen entfernt, entweder konserviert - das würde jedoch dem unumkehrbaren Abrüstungsgedanken widersprechen -,

über den Export verkauft oder verschrottet werden. Der Wert dieser Grundfonds ist erheblich und belastet die Unternehmen außerordentlich.

Der VEB Geräte- und Werkzeugbau Wiesa ist mit modernen automatisierten Maschinen und Anlagen zur Herstellung von Teilen von Schützenwaffen ausgestattet, die eine hohe Präzision gestatten und große kostengünstige Stückzahlen ermöglichen. Dadurch war das Unternehmen in der Lage, Maschinenpistolen bei einer Losgröße von 100 000 Stück mit einem Kostensatz von 1828,- Mark pro Stück zu produzieren. Der Wert dieser nur zur Monoproduktion von Schützenwaffenteilen geeigneten Maschinen und Anlagen beträgt rund 42 Millionen Mark.

Im VEB Reparaturwerk Neubrandenburg wurden bereits im Jahre 1989 rund 120 Millionen Mark Grundmittel und Bestände ausgesondert und damit Fonds entlastet. Unter anderem brauchten dafür 1989 rund 8,5 Millionen Mark weniger Produktionsfondsabgabe gezahlt werden. Für das Jahr 1990 stehen weitere Grundmittel im Wert von 80 Millionen Mark, die infolge der Reduzierung der Instandsetzung von Panzertechnik nicht mehr benötigt werden und anders nicht einsetzbar sind, zur Aussonderung.

Ähnlich verhält es sich mit einem Wert der auszusondernden Grundmittel in Höhe von rund 100 Millionen Mark im VEB Spreewerk Lübben, in dem die Produktion von Infanteriemunition ausläuft, sowie in gleicher Höhe im VEB Peene-Werft Wolgast.

In diese Grundfonds sind noch nicht die neugeschaffenen Kapazitäten enthalten, in denen die vorge-sehene Produktion nicht aufgenommen wurde beziehungsweise wird, wie z.B die Spezialwerkstatt zur Waffeninstandsetzung für die Volksmarine im VEB Peene-Werft Wolgast. Diese neugebaute Werk-statt hat einen Wert von 47 Millionen Mark und wurde 1990 fertiggestellt. Für den VEB Peene-Werft Wolgast heißt das unter anderem, neben der leerstehenden Halle, die ohne Umbau nicht anders nutzbar ist, noch 33,2 Millionen Mark Kredite tilgen zu müssen für Anlagen, in denen keine Erlöse erwirtschaftet werden. In diesem Zusammenhang steht auch die Aufgabe, daß alle Rüstungsunter-nehmen davon entlastet werden müssen, für solche nicht mehr nutzbaren Grundfonds Produktions-fondsabgaben an den Staat zu entrichten. Solche Abführungen müssen in den Rüstungsunternehmen erwirtschaftet werden, und diese Mittel fehlen an dem so dringenden Finanzbedarf zur Umstellung auf die zivile Produktion.

Die meisten Konversionsprozesse sind durch die sozialen Probleme eng mit dem Leben der Menschen verbunden. Die bisher aufgetretenen Probleme bei der Rüstungskonversion in der DDR haben in allen Rüstungsunternehmen ohne Ausnahme große soziale Unsicherheiten und Unruhe über die Perspektive unter den Belegschaften hervorgebracht. Zum Teil stehen ehemalige Rüstungsunternehmen schon ohne Aufträge da, "verborgen" Arbeitskräfte an territoriale Einrichtungen, "fördern" den Weggang von Arbeitskräften zu anderen Unternehmen und Kommunen, "beschäftigen" Arbeitskräfte mit kurzzeitigen Lohnaufträgen, viele Unternehmen haben ihre Liqui-dität verloren etc. Diese Probleme belasten die Durchsetzung der Konversionsprozesse bedeutend.

Die Überlegungen zur Umstellung auf zivile Erzeugnisse beinhalten in fast allen Unternehmen auch Überlegungen zur Reduzierung der Belegschaften auf eine solche Struktur, die der effektiven Produktion der künftigen zivilen Erzeugnisse entspricht. Reduzierungsüberlegungen gehen vor allem in Richtung des wissenschaftlich-technischen, -organisatorischen und administrativen Personals, das einen hohen Anteil an den Gemeinkosten (zum Teil bis zu 800 Prozent, wie im VEB Reparaturwerk Neubrandenburg) hat. Das hat seine Ursache darin, daß die Rüstungsproduktion ein höheres Maß an wissenschaftlich-technischen Vorleistungen in der Forschung und Entwicklung erfordert als es bei den meisten zivilen Erzeugnissen der Fall ist. Dementsprechend ist in allen Rüstungsunternehmen ein hoher Anteil an Hoch- und Fachschulkadern festzustellen, der teilweise bis zu 26 Prozent geht. In diesem Bereich werden sich die meisten Probleme für eine Weiterbeschäftigung ergeben, und

Größenordnungen bis zu 50 Prozent der wissenschaftlich-technischen Kader sind bei Reduzierungsüberlegungen keine Seltenheit. Teilweise gehen die Überlegungen zu Reduzierungen auch bis zu einer Größe von der Hälfte der jetzigen Belegschaften.

Solche Überlegungen sind in einigen Betrieben auch verbunden mit dem Wegfall bisher geschützter Arbeitsplätze. So können in einigen Unternehmen bestimmte soziale Gruppen, die in der Vergangenheit besonders gefördert wurden, wie Frauen und Behinderte, durch den Wegfall ihrer Erzeugnislinienarbeitsplätze nicht mehr beschäftigt werden. Das betrifft vor allem solche mit der Feinpräzision verbundener Arbeitsplätze, die durch die Einstellung der Waffenproduktion und -instandsetzung überflüssig geworden sind. Hier muß besondere Sorgfalt bei Entscheidungen geübt werden.

Für die Rüstungskonversion in der DDR erweist sich eine breite Umschulung als notwendig. So muß zum Beispiel im Kombinat Spezialtechnik jeder zweite Werk tätige auf eine neue Tätigkeit umgeschult werden, wozu ein Kostenaufwand von rund 50 Millionen Mark notwendig ist. Die Umschulungen sind teilweise sehr problematisch. In mehreren Orten ist festzustellen, daß für die Hoch- und Fachschulkader keine adäquaten Einsatzmöglichkeiten bestehen und hier eine Dequalifizierung als Ausweg in Erwägung gezogen werden muß. Aus diesen Kadern werden vielfach entweder Facharbeiter, oder sie werden arbeitslos. Größere Probleme gibt es auch in den kleineren Orten, in denen es kaum Arbeitsplätze anderer Art gibt. Wofür sollen dann noch Umschulungen von Nutzen sein, wenn nur der Weg in die Arbeitslosigkeit bleibt, wird häufig von Werk tätigen in solchen Orten gefragt. In einigen dieser Orte, besonders im Norden der DDR, entwickeln sich auch Ballungsgebiete infolge der gleichzeitigen Auflösung von Militärstandorten, was auf die besondere Kompliziertheit der sozialen Fragen hinweist. Hier greifen die Konversionsprozesse der Unternehmen auf die kommunalen Strukturen über, wobei sich abzeichnet, daß die territorialen Konversionsprozesse sich immer mehr zum Hauptinhalt von Konversionslösungen entwickeln. In keinem Unternehmen und keiner Kommune darf deshalb davon ausgegangen werden, die Rüstungskonversion zu Lasten des sozialen Status der betroffenen Werk tätigen durchzuführen. Das würde dem Abrüstungsgedanken enormen Abbruch tun.

Zu den sozialen Problemen der Rüstungskonversion gehört auch die Eingliederung der Berufssoldaten in zivile Tätigkeiten. Fast alle Berufssoldaten verfügen über keine zivilen berufspraktischen Erkenntnisse und Erfahrungen und müssen für eine solche zivile Tätigkeit nach ihrer Demobilisierung umgeschult werden. Diese Umschulungen sollen jedoch bereits während der Zeit der aktiven Tätigkeit der Berufssoldaten in der Nationale Volksarmee erfolgen. Zu diesem Zweck wurde in der Nationalen Volksarmee ein Amt für Berufsvorbereitung und Überleitung ins Zivilleben gebildet, in dem rund 500 Mitarbeiter im Ministerium für Nationale Verteidigung, den Wehrbezirk- und Wehrkreiskommandos ab 1. März 1990 ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Aufgabe dieses Amtes ist es, jährlich mehrere Tausend Offiziere, Fähnriche und Unteroffiziere für einen zivilen Beruf mit Hilfe und Unterstützung militärischer und ziviler Bildungsstätten umzuschulen, wobei Schwerpunkt auf zukunftssträchtige Berufe gelegt wird: Informatiker, Betriebswirtschaftler, Manager, Finanzfachleute, Facharbeiter und Handwerker.

In Verbindung mit diesem großangelegten Umschulungsprozeß wird der Gedanke verfolgt, die durch die Abrüstung freiwerdende Technik, Ausrüstung, Liegenschaften usw. der Nationalen Volksarmee zu nutzen, um damit Arbeitsplätze für die ins Zivilleben eintretenden Berufssoldaten zu schaffen. So sollen Gebäude, Hallen, Lagerflächen u.a. mit dazugehöriger Technik und Ausstattung die Grundlage für Klein- und Mittelbetriebe bilden, in denen ehemalige Berufssoldaten produzieren, instandsetzen oder andere für das Territorium wichtige Dienstleistungen verrichten. Für militärische Ballungsgebiete, wie Eggesin, Strausberg, Erfurt, werden gesonderte Konzeptionen in dieser Hinsicht erarbeitet.

Bedeutsam sind in dieser Hinsicht auch die Vorstellungen zur Aussonderung und Verwendung von freiwerdender Militärtechnik und Ausrüstung. Die Nationale Volksarmee verfügt über 3130 Technikarten mit einem Beschaffungswert von 86 Milliarden Mark, davon ca. 25 Milliarden Mark Verbrauchsmittel, Vorräte und Ersatzteile, die bis zur vollständigen Abrüstung mit einem Zeithorizont von 10 Jahren schrittweise ausgesondert, einer weiteren Verwendung zugeführt oder verschrottet/vernichtet werden. Dazu gehören 80 000 Radfahrzeuge, 10 000 mobile Nachrichtengerätesätze, 2,3 Millionen komplette Bekleidungs- und Ausrüstungssätze, 2500 Stück chemische Spezialtechnik u.a. Ein Teil dieser Technik kann ohne Schwierigkeiten sofort in zivile Hände übergeben werden, ein größerer Teil (vor allem die Bewaffnung und Munition) muß vernichtet werden. Dazu bildet die Nationale Volksarmee eine eigene Organisation, die mit fast 4000 Arbeitskräften neben der Armee diese Aufgabe lösen soll. Dieser Bestand an Arbeitskräften soll aus dem Kreis der demobilisierten Berufssoldaten gewonnen werden.⁵

Für die Schaffung von Arbeitsplätzen gewinnt die zivile Nutzung der 1070 Objekte der Nationalen Volksarmee in 532 Standorten ebenso an Bedeutung wie die Rekultivierung von Liegenschaften der Armee. So wird der 3332 Hektar große Truppenübungsplatz der Nationalen Volksarmee Bad Liebenwerda ab 1. Juni 1990 zur zivilen Nutzung abgegeben. Dort entsteht in Zusammenarbeit von Nationaler Volksarmee, Umweltministerium und Bürgern der Kommunen nach aufwendiger Munitionsberäumung und Aufforstung ein Naturschutzpark, dessen Bestandteil auch ein seltener Traubeneichenwald ist. Die Dauer der Arbeiten soll 10 Jahre betragen, was auf die Problemhaftigkeit der Rekultivierung solcher Plätze bis zur Herstellung der vollen Sicherheit hinweist. Die Rüstungskonversion ist hier wie auch auf allen anderen Ebenen stark mit der Ökologie verbunden.

Die Erfahrungen der Rüstungskonversion in der DDR zeigen den Kompliziertheitsgrad dieser Prozesse in ihrer ganzen Breite. Die reale Praxis der Rüstungskonversion in der DDR zeigt,

- daß positive Effekte nicht automatisch mit der Verkündung von Abrüstungsmaßnahmen entstehen, sondern gründlich und längerfristig vorbereitet und staatlich wie gesellschaftlich geführt und geplant werden müssen;
- daß die Rüstungskonversion kostenaufwendig ist und diese Kosten nicht von den Rüstungsunternehmen getragen werden können;
- daß, je schneller und überstürzter die Rüstungskonversion durchgeführt wird, sie um so teurer und sozial problematischer ist.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich für die DDR, die Rüstungskonversion im weiteren ökonomisch effektiv, ökologisch verträglich und sozial abgedeckt durchzuführen?

6. Konsequenzen für die weitere Gestaltung der Rüstungskonversion in der DDR

Der Verlauf der Rüstungskonversion in der DDR zeigt, daß sie noch im Anfangsstadium steckt. In einer Reihe Unternehmen hat sie noch nicht richtig begonnen, steht jedoch unmittelbar bevor. Die Zeit drängt. Überlegungen über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Rüstungskonversion gehören in der DDR der Vergangenheit an, ihre Unumgänglichkeit stellt die reale Machbarkeit auf die Tagesordnung. Daraus entspringt eine hohe Verantwortung für die neugewählte oberste Volksvertretung und die Regierung der DDR, den Konversionsprozeß als festen Bestandteil der politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung der DDR zu gestalten. Die Rüstungskonversion ist von einer Teilfrage zu einer Kernfrage herangereift. Sie muß als solche in dem Prozeß der

⁵ Nach Angaben des Stellvertreters des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef Technik und Bewaffnung, Generaloberst Joachim Goldbach, in der Sitzung des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung der DDR am 20.3.1990.

Entmilitarisierung der Sicherheit ihren festen Platz haben.

Grundlage aller weiteren Konversionsmaßnahmen werden ohne Zweifel politische Entscheidungen vor allem zur Sicherheits- und Abrüstungspolitik der DDR sein müssen, die auch Festlegungen zur künftigen Entwicklung der Nationalen Volksarmee und den Bündnisverpflichtungen der DDR enthalten. Diese Entscheidungen haben Einfluß auf den Umfang und das Tempo der unwiderruflich durchzuführenden Konversionsprozesse in der DDR, die ein Brachliegen wertvollen ökonomischen und sozialen Potentials verhindern und ökonomisch effektiv, ökologisch verträglich und sozial abgefedert gestaltet werden müssen. Die durchzuführenden Konversionsmaßnahmen werden auch in einem vereinigten Deutschland fortzusetzen sein.

Die Rüstungskonversion bedarf der Administration durch Gesetze, und sie muß marktwirtschaftlich eingepaßt sein. Deshalb steht im Vordergrund der staatlichen Verantwortung die schnelle Herstellung der Arbeitsfähigkeit einer Behörde für Abrüstung und Konversion in der DDR.⁶ Aufgabe dieser Behörde muß es sein,

- die Einhaltung eingegangener Abrüstungsvereinbarungen zu kontrollieren;
- schnellstmöglich eine Konversionskonzeption der DDR zu erarbeiten und dazu ein Regierungsprogramm vorzulegen;
- die Realisierung dieses Regierungsprogramms zu koordinieren;
- als Auftraggeber der Rüstungskonversion in der DDR zu fungieren;
- dafür notwendige ökonomische, soziale und andere Regelungen zu initiieren;
- wissenschaftlichen Vorlauf in Fragen der Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungskonversion zu gewährleisten.

Eine wichtige Sofortaufgabe der Behörde für Abrüstung und Konversion ist die Vorbereitung ökonomischer, sozialer und anderer Regelungen, mit denen die Rüstungskonversion in der DDR vor allem in den Unternehmen und Kommunen unterstützt und stimuliert wird. Zu den vorrangig zu erlassenden Regelungen sollten gehören:

- Festlegungen über die Abschreibung von Grund- und Umlaufmitteln, die für eine zivile Produktion nicht genutzt werden können und die Unternehmen nur belasten;
- staatliche Kreditförderung für Neuinvestitionen zur Aufnahme der zivilen Produktion, z.B. zinslose Kredite mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren;
- Erteilung von Staatsaufträgen für die Entwicklung zukunftsträchtiger ziviler Erzeugnislinien und Dienstleistungen;
- steuerliche Erleichterungen für die schnelle Herstellung der Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit der umzustellenden Unternehmen, z.B. Befreiung von Abgaben aller Art für eine Zeit von 3 bis 5 Jahren;
- Festlegungen zur Finanzierung der Umschulungskosten der Werk tätigen der Rüstungsunternehmen aus staatlichen Bildungsfonds;
- Festlegungen zur sozialen Absicherung der bisher Beschäftigten der Rüstungsunternehmen;
- Aufnahme eines Teilplanes Rüstungskonversion und Abrüstung in den Staatshaushaltsplan.

Die bisherige Rüstungskonversion in der Volkswirtschaft der DDR litt daran, daß keines der Rüstungsunternehmen einen Konversionsplan hatte. Das führte zum Teil zu anarchischen

⁶ Am 16.3.1990 beschloß das Kabinett Modrow die Bildung eines Amtes für Abrüstung und Konversion. Die neue Regierung der DDR bildete ein Ministerium für Abrüstung und Verteidigung. Beide Beschlüsse zielen auf die staatliche Leitung und Kontrolle des Abrüstungs- und Konversionsprozesses und anerkennen ihre unumgängliche Notwendigkeit.

Zuständen. Um den weiteren Konversionsprozeß vorausschauender und zielstrebig zu gestalten, sollten alle noch weiter mit Rüstungsproduktion beauftragter Unternehmen verpflichtet werden, sofort einen eigenen Konversionsplan zu erarbeiten und ständig aktuell zu halten. Voraussetzung dafür sind ebenfalls politische Entscheidungen über die noch notwendige Rüstungsproduktion zur Deckung des anfallenden Bedarfs für die Nationale Volksarmee und die anderen bewaffneten Organe der DDR. Zugleich ist die Ausarbeitung eines Konversionsgesetzes und eines Waffenhandelsgesetzes der DDR eine aktuelle Aufgabe dieser Behörde.

Der Stand und die weiter zu lösenden Aufgaben erfordern dringender denn je eine stärkere Einbeziehung der Wissenschaft in die Ausarbeitung von wissenschaftlichem Vorlauf und in die Ausbildung von speziellen Kadern für die Organisation von Abrüstungs- und Konversionsprozessen. Bei der Behörde für Abrüstung und Konversion sollten Expertengruppen bestehen, die, aus Politikern, Wissenschaftlern und Praktikern zusammengesetzt, als Beratungsgremien fungieren können. Unumgänglich für die von wissenschaftliche Vorlauf sind Forschungsaufträge an wissenschaftliche Einrichtungen durch die Behörde für Abrüstung und Konversion, durch territoriale Organe (Länder, Kreise), durch Kommunen und Unternehmen. Sie sollten konkrete Aufgabenstellungen für die Gewährleistung einer ökonomisch effektiven, ökologisch vertraglichen und sozial abgedeckten Rüstungskonversion in der DDR enthalten.

Solche unumgänglichen Maßnahmen stehen heute und nicht erst in Monaten oder Jahren auf der Tagesordnung in der DDR, soll der Konversionsprozeß erfolgreich verlaufen. Diese Maßnahmen müssen exakt gelöst werden, denn der Prozeß der Rüstungskonversion in der DDR steht im Blickpunkt des internationalen Interesses. In keinem weiteren Land wird dieser Prozeß unter dem Blickpunkt der Entmilitarisierung der Sicherheit bis zur vollständigen Abrüstung so radikal betrieben wie in der DDR. Die Gestaltung dieses Konversionsprozesses hat deshalb Einfluß auf die Motivation zur Abrüstung in anderen Ländern, ihm kommt eine internationale Dimension und Bewertung zu. Hier liegt auch die hohe Verantwortung aller mit Konversionsmaßnahmen beauftragter Kollektive und Einzelpersonen für das Gelingen dieser Aufgabe. Deshalb soll und muß der ökonomisch effektive, ökologisch verträgliche und sozial abgedeckte Prozeß der Rüstungskonversion in der DDR als ein nicht zu unterschätzender Faktor im zu schaffenden europäischen Haus betrachtet werden, den die DDR einbringt.